

75 JAHRE FR

Liebe Leserinnen, liebe Leser, am 1. August 1945 erschien die erste Ausgabe der Frankfurter Rundschau. Sie war die erste deutsche Zeitung, die nach dem Zweiten Weltkrieg im amerikanischen Sektor eine Lizenz erhielt. Jetzt wird sie also 75 Jahre alt. Daher möchte ich Sie einladen, von Ihrer Zeit mit der FR zu erzählen – denn diese Zeitung hat treue, langjährige Leserinnen und Leser, von denen sich viele kaum oder gar nicht in Leserbriefen zu Wort melden. Was haben Sie mit Ihrer FR erlebt? Was verbindet Sie mit Ihrer Zeitung? Wenn genug Beiträge zusammenkommen, starten wir nach „Mein 1968“ eine neue Serie mit Ihren Zuschriften. Bis dahin erzähle ich im FR-Blog schon mal ein bisschen, auch wenn ich erst seit 2001 bei der FR bin. Lesen Sie: frblog.de/75-jahre
Ihr Bronski

Aggressive freie Fahrer

Tempolimit-Vorstoß: „Politisch hinter dem Mond“, FR-Politik vom 15. Juli

Wir Deutschen sind die einzigen auf der Welt, die den Durchblick haben. Nur wenige andere Länder leben ohne Tempolimit, alle anderen sind Deppen ohne diesen Durchblick. Ein anderer Effekt des Systems „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist: Nirgends wird so aggressiv gefahren wie bei uns. Jeder, der mal drei Wochen mit dem Auto in Skandinavien war, erlebt das, wenn er in Travemünde die Fähre verlassen hat. In GB ist es nicht anders. Thomas Lehmann, Metten

Dehnbar wie ein Gummi

Zu: „Streit über Strom im Flüchtlingsheim“, FR-Regional vom 13. Juli

Diesen Leserbrief muss ich schreiben, verbunden mit einem Dank an die FR, die über die Situation in der Flüchtlingsunterkunft berichtet. Ich habe meinem Sohn von diesen Missständen berichtet. Er war ebenso empört. Hier wird die Würde von Menschen mit Füßen getreten. Nein, auch meine Würde. Ich bin Bürgerin dieses Landes. Ich schäme mich bis heute, was durch den Nationalsozialismus, durch unsere Landsleute, geschehen konnte. Nun gibt es diese Flüchtlingspolitik, die so dehnbar scheint wie ein Hosengummi. Es gibt ja nicht überall eine Frau Birkenfeld samt allen, die nicht in der Lage ist, adäquat zu handeln. Können sich diese Menschen „schämen“? Ich tue es schon wieder! Wie kann ich als ganz einfacher Bürger mit solchen Zuständen umgehen? Wegschauen? Wen kann ich für diese Situation um Hilfe bitten? Was sagt der Oberbürgermeister, was sagen die Kirchenvertreter? Wie kocht eine Mutter für ihre Familie ohne Herd? Wenn dort Aggressionen entstehen, dann sind es nicht die Flüchtlinge, dann haben wir es zu verantworten. Marion Eller, Usingen

Das Virus stellt unsere Lebensweise infrage

Corona: „Warten wir nicht auf weitere Krisen!“, FR-Wirtschaft vom 23. Juli, und zu „Wir können auf Dauer so nicht leben“, Leserforum vom 21. Juli

Die Mächtigen sind ohnmächtig

Ein winziges Virus erweist sich in der derzeitigen Pandemie als das mächtigste Lebewesen in unserer global vernetzten Welt. Es narrt nicht nur Wissenschaftler, sondern auch und vor allem all die sich mächtig Dünkenden – egal, ob sie nun Trump, Bolsonaro, Johnson, Putin, Orbán, Erdoğan oder Xi Jinping heißen: Sie können nicht agieren, sondern müssen darauf reagieren, wo das Virus sich gerade ausbreitet und was es anrichtet. Sie können noch so sehr herumhampeln und -strampeln – am Ende müssen sie sich geschlagen geben und kapitulieren vor einem klitzekleinen Virus, das sich aufgrund unserer Mobilität und unseres Arbeits- und Freizeitverhaltens rasend schnell vermehrt und ausbreitet.

Es ist das global agierende Virus, das unser gegenwärtiges, global vernetztes Wirtschaftssystem grundlegend infrage stellt. Dagegen wirken die sich mächtig Dünkenden geradezu ohnmächtig und hilflos. Es nützt ihnen auch nichts, wenn sie Fakten zu „Fakes“ und „Fakes“ zu Fakten erklären möchten.

Heinz-Hermann Böttcher, Syke

Werte des Miteinanders, die es nicht mehr gibt

Das Corona Virus wird uns unsere Verlogenheit vor Augen führen. Weltweit hat man sich der Hoffnung hingegeben, dass es zu weitreichender Veränderung unserer gewohnten Verhaltensweisen nur marginal und mittelfristig einen negativen Beitrag leisten wird. Wir haben uns zu weltweiten Testungen gar nicht und zu einheitlichen Messmethoden auch nicht verständigen wollen. Der notwendige Aufwand, „eigentlich“ alle testen zu müssen und dies nach 14 Tagen zu wiederholen, wurde für übertrieben gehalten. Ganze Länder haben auf eine schnelle Masseninfektion mit an-



In den Restaurants an der Piazza Navona ist wenig los. Wegen der Corona-Pandemie ist der Tourismus in Rom eingebrochen. DPA

schließender Massenimmunität gehofft und das Virus treiben lassen. Viele Länder haben Gesundheitssysteme, die einer sich ausbreitenden Pandemie nichts entgegenzusetzen haben. Die Hoffnung auf einen Impfstoff überlagert notwendige Schritte zur Erhaltung eines Status quo, der mit Abstand halten und Masken tragen zumindest leistet, dass sich nicht über zu viele Hotspots völlig unkontrollierbar eine zweite Welle ausbreitet, die dann ungezügelt die Welt überschwemmt.

Wir wollen zurück in unsere gewohnten Verhaltensweisen, in unsere eingelebte Sozialität, und Werte des Miteinanders erhalten, die es längst nicht mehr gibt. Wir sollten mal wieder Bodenhaftung üben, damit das notwendige Entsetzen über unsere Flüchtlingswellen, die Lager des Elends, die kriegerischen Auseinandersetzungen, den Hunger in dieser Welt und den Raubkapitalismus endlich mal Raum greift und die Erkenntnis wächst, dass wir die Grenzen des Wachstums längst

überschritten haben und am Ende aller Rohstoffe und dann über elf Millionen Menschen ein neues pandemisches Virus insgesamt nicht überleben würden. Unser Globus wäre uns dankbar.

Vor 50 Jahren habe ich formuliert:

Was alles diese Welt verpestet, / wird viel notiert und oft getestet, / damit schon heute Leute wissen, / woran sie morgen sterben müssen.

Hans-Werner Müller-Jording via FR-Blog

Genug Gelegenheit, um mit freiem Gesicht zu reden

Frau Bremer darf sich selbstverständlich mit geliebten und auch fremden Menschen treffen, ohne Abstand und ohne Maske: In der Öffentlichkeit mit neun weiteren oder sogar noch mehr Personen, sofern sie aus nur zwei Haushalten stammen. Im privaten Raum ist es jedem selbst überlassen. Auch große Familienfeiern sind möglich. Sie kann sogar zu einer Party auf einem öffentlichen

Platz gehen, sofern nicht gerade Flaschen auf Polizisten geworfen werden. Und da die entsprechende Klientel einfach gewalttätig wird, wenn sie die „Einschränkungen nicht mehr ertragen“ kann, wird es sicher auch bald wieder Cluböffnungen und Fußballspiele vor Publikum geben, egal, was das für das Infektionsgeschehen bedeutet.

Auch die „kommunikationsverkrüppelnde“ Maske muss keineswegs dauernd und überall getragen werden, sondern nur in bestimmten Situationen: Geschäfte und ähnliche geschlossene öffentliche Räume, Verkehrsmittel, Wege ohne ausreichenden Abstand bei Freizeitaktivitäten. Es bleiben also genug Möglichkeiten, mit freiem Gesicht mit Menschen zu kommunizieren.

Für die, die sich schützen wollen/müssen, ist jeder Schritt in die Öffentlichkeit ein zunehmendes Wagnis, wenn immer weniger Regelungen verbindlich gelten. Sobald man sich unter Menschen begibt, muss man damit rechnen, dass sich niemand um Abstand schert, und kann schon froh sein, wenn auf eine Bitte um Rücksicht nur mit Unverständnis und nicht mit Patzigkeit reagiert wird. Diese Menschen randalieren nicht in Innenstädten und fordern auch nicht über lautstarke Lobbys Milliardenentschädigungen ein. Sie ringen still und leise mit sich und den Umständen, um Fassung und Durchhaltevermögen.

Geben wir doch – mit vernünftigen, aber zumindest nach aktuellem Stand in Deutschland keineswegs unzumutbare Einschränkungen erforderndem Verhalten – den zahlreichen Forschungsgruppen die Monate, die sie benötigen, um festzustellen, ob und welcher Impfstoff funktioniert. Bis dahin sollten wir unnötige Opfer aber so weit wie möglich zu vermeiden versuchen. Meike Beier, Heusenstamm

Diskussion: frblog.de/maskenpflicht

Innere Blockade verhindert ehrliche Auseinandersetzung

Rechte Gewalt, Antisemitismus: „Ziel ist maximale Zerstörung“ und „Polizei und Politik schieben das Problem hin und her“, FR-Politik vom 21. und 22. Juli

Solidarität mit Opfern ebbt leider schnell ab

Der Sozialdemokrat Igor Matviyets stellt im Interview mit der FR vollkommen zutreffend fest, dass wir in der Reaktion auf rechtsradikale Verbrechen wie in Halle nicht den Fehler machen dürfen, die juristische mit der gesellschaftlichen Aufarbeitung zu verwechseln. Auch ich mache mir keine Illusionen darüber, dass hierzulande über Antisemitismus und Rassismus mehr als bisher gesprochen wird.

Ich teile auch den Pessimismus, dass die Politik jetzt viel mehr über die Gefahren des zunehmenden Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft nachdenken und reden wird. Ich bin nämlich der Meinung, dass im Tätervolk sehr starke Blockaden vorhanden sind (immer noch), die eine ehrliche

und gründliche Auseinandersetzung mit den Grausamkeiten und Verbrechen der Nazizeit verhindern.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit gewalttätigem Rechtsextremismus findet in der Bundesrepublik konjunkturell statt. Immer dann, wenn Verbrechen wie in Halle verübt werden, gibt es mediale Aufmerksamkeit und Solidaritätsbekundungen mit den Opfern. Doch leider ebbt diese Solidarität nach relativ kurzer Zeit immer wieder ab. Antifaschistische Demonstranten stehen dann wieder alleine da und es zeigt sich immer wieder, dass die Zahl derer, die gegen Untaten von Nazis aufstehen, eine Minderheit sind. In den Schulen und in den Familien brauchen wir endlich ein Vermitteln antifaschistischer Inhalte und es muss unbedingt dazu kommen, dass auch emotional

jungen Menschen nahegebracht wird, wie wichtig Demokratie und antirassistisches Denken sind. Machen wir uns nichts vor, dieses Ziel zu erreichen wird einen langen Atem brauchen. Auch ich habe mich schon oft mit dem Gedanken beschäftigt, was ich eigentlich tun soll, wenn in diesem Land Mehrheiten zustande kämen, die durch die extreme Rechte gebildet werden. Meine Skepsis gegenüber bestimmten Akteuren in der Politik, was Engagement und Leidenschaft bei antinazistischer und antirassistischer Arbeit betrifft, ist groß und leider auch begründet.

Manfred Kirsch, Neuwied

Hundertjähriger Hass auf Kommunisten

Die Frankfurter Rundschau und Frau Küpper klammern in ihren Analysen immer den vorhande-

nen „Antikommunismus“ aus. Die Angriffe auf Frau Wissler und weitere „linke“ Politikerinnen haben als Grundlage keine rassistischen, antisemitischen oder antiislamischen Grundlagen. Dieser Hass gegen Kommunismus ist seit hundert Jahren vorhanden. Frau Wissler ist als bekennende Troztkistin einem politischen Lager zuzuordnen. Sie ist keine Rosa Luxemburg. Frau Luxemburg und Herr Liebknecht wurden aber in genau diesem immer noch vorhandenen Duktus ermordet.

Frau Professor Küpper spricht über Attentäter, die „nicht ganz neu“ sind. Diesen Typus Attentäter kennen wir seit der Weimarer Republik. Sie sollte sich historisch orientieren und nicht mit „neudeutschem“ Gerede davonstehlen.

Ich kann dieses psychologisierende Gerede nicht akzeptieren. Ronald Koch, Frankfurt